

Bern, 27. September 2011

An die Medien im Kanton Bern

Medienmitteilung

Die bernischen Behindertenkonferenzen sagen Nein zur Verlängerung der Umsetzungsfristen im öffentlichen Verkehr

Die Behindertenkonferenzen fordern die bernischen ParlamentarierInnen mit einem Schreiben auf, die Motion Kiener Nellen [«Verzicht auf unsinnige Sparmassnahmen gegen Behinderte und Betagte»](#) zu unterstützen. Der Nationalrat behandelt diese am letzten Tag der Septembersession.

Die Zugänglichkeit des öffentlichen Verkehrs ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Menschen mit einer Behinderung, wie alle andern, an der Gesellschaft teilhaben können; indem sie arbeiten, soziale Kontakte ausserhalb des Hauses pflegen, an Kultur- oder Sportveranstaltungen teilnehmen usw.

Wenn die Umsetzungsfristen für die Anpassung des öffentlichen Verkehrs aus Spargründen um 15 Jahre verlängert werden, bedeutet dies, dass Menschen mit einer Mobilitätsbehinderung den öffentlichen Verkehr für weitere 15 Jahre nicht selbständig benützen können. Bereits die geltenden Umsetzungsfristen sind sehr lange und verlangen von den Betroffenen sehr viel Geduld. Zusätzlich wird mit der Verlängerung die von allen Seiten geforderte Integration hinausgezögert und behindert. Die Bemühungen der Sozialwerke, insbesondere der Invalidenversicherung, um vermehrte berufliche Integration werden so unterlaufen.

Aus diesen Gründen sagen die bernischen Behindertenkonferenzen Nein zur Verlängerung der Umsetzungsfristen im öffentlichen Verkehr. Der öffentliche Verkehr soll wie geplant spätestens 2023 barrierefrei zugänglich sein und so die gesellschaftliche Eingliederung von Menschen mit Behinderung unterstützen.

Kontakt für Rückfragen:

Yvonne Brütsch, Geschäftsleiterin kbk, 079 593 26 80

Die Kantonale Behindertenkonferenz Bern kbk ist ein Dachverband von mehr als 40 Behindertenorganisationen. Wir vertreten die Interessen der Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen. Insbesondere engagieren wir uns für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.

Die Behindertenkonferenz Stadt und Region Bern BRB bezweckt die Wahrung, Förderung und Durchsetzung der Interessen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die in ihren geistigen, körperlichen, psychischen, sensorischen, kommunikativen und sozialen Fähigkeiten eingeschränkt oder gehindert sind, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.